



VDA



ZVEI:
Die Elektroindustrie

Frankfurt, Berlin 12.10.2018

Stellungnahme von VCI, VDA, VDMA und ZVEI

zum

„Konsultationsentwurf einer Entscheidung der Präsidentenkammer der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen über die Festlegungen und Regeln im Einzelnen (Vergaberegeln) und über die Festlegungen und Regelungen für die Durchführung des Verfahrens (Auktionsregeln) zur Vergabe von Frequenzen in den Bereichen 2 GHz und 3,6 GHz.“

- Aktenzeichen: BK1-17/001 -

Der VCI – Verband der Chemischen Industrie e.V., der VDA – Verband der Automobilindustrie e.V., der VDMA – Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. und der ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. vertreten sowohl die Hersteller der Komponenten, die für die 5G-Infrastruktur benötigt werden, als auch potenzielle Anwenderindustrien, wie etwa industrielle Automatisierung, Automobilindustrie, chemische und pharmazeutische Industrie, Energie, Gesundheitswesen, die Landtechnik, “Smart Home” und PMSE-Anwendungen (Programme Making and Special Events).

Die industrielle Produktion wandelt sich durch die Digitalisierung von statisch und sequentiellen hin zu zeitlich und räumlich flexibel, modular aufgebauten Produktionssystemen. Diese sind auf eine zuverlässige und leistungsfähige digitale Infrastruktur angewiesen. Der neuen Mobilfunkgeneration 5G wird dabei eine entscheidende Rolle als Kommunikationsstandard für Industrie 4.0-Anwendungen und -Prozesse in Produktion und Fertigung zukommen.

Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn die Netze zum einen die Anforderungen der Industrie vollumfänglich erfüllen (Verfügbarkeit, Datensicherheit, Betriebssicherheit, garantierte Dienstgüte u.a.) und zum anderen flächendeckend ausgebaut werden; insbesondere auch dort, wo sie von den Unternehmen in der Produktion, in der Landwirtschaft und für die Mobilität benötigt werden.

Mit der Entscheidung für lokale Frequenzen hat die Bundesnetzagentur schon wichtige Voraussetzungen zur Kommunikation innerhalb von Fabriken geschaffen, die allerdings noch

Seite 1 von 2

VDMA e.V.
Lyoner Str. 18
60528 Frankfurt am Main, Germany
Telefon +49 69 6603-1462
E-Mail hgf@vdma.org
Internet www.vdma.org
Vereinsregister AG Frankfurt/Main, Nr. VR4278

Hauptgeschäftsführung

Präsident:
Carl Martin Welcker

praxistauglich ausgestaltet werden müssen (siehe hierzu die jeweiligen Stellungnahmen von VCI, VDA, VDMA und ZVEI zur Anhörung zur lokalen und regionalen Bereitstellung des Frequenzbereichs 3.700 MHz bis 3.800 MHz für den drahtlosen Netzzugang).

Ein weiterer wichtiger Schlüssel sind Versorgungsaufgaben. Der Vorschlag der Bundesnetzagentur, die Versorgungsaufgaben nur an den Haushalten, an Bahnstrecken sowie auf zwei Frequenzblöcken im 2 GHz-Bereich für Autobahnen und Bundesstraßen auszurichten, greift zu kurz. Der industrielle Mittelstand, der Verkehr und auch die Landwirtschaft, die teils abseits der Ballungszentren liegen, dürfen nicht von der digitalen Zukunft abgekoppelt werden. Wir fordern daher eine Ausweitung auch auf Industriestandorte, Verkehrswege und Landwirtschaft – kleine und mittlere Unternehmen inbegriffen sowie klare Vorgaben für die einzuhaltenden Qualitätsparameter.

Entscheidend für Innovation und kosteneffiziente Bereitstellung von Leistungen ist der Wettbewerb um neue Ideen, neue Angebote und günstigere Preise – gerade auf dem Telekommunikationsmarkt. Damit der Wettbewerb bei 5G stärker in Gang kommt, ist eine Diensteanbieterpflicht notwendig.

Jetzt kann die Chance ergriffen werden, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Im Jahr 2025 laufen die Nutzungsrechte für Frequenzen im Bereich von 800 Megahertz aus. Wir brauchen aber zeitnah eine verlässliche Lösung. Lediglich ein Verweis auf spätere Frequenzvergaben in den Jahren 2026 und 2033 wird das Problem nicht lösen. Dieses würde bedeuten, dass eine Erfüllung der heute bereits bestehenden Anforderungen an eine dynamische Mobilfunkversorgung mit dem üblichen Zeithorizont von der Vergabe bis zur Erfüllung etwaiger Versorgungsaufgaben, erst in bis zu zehn bis 17 Jahren erfolgt.

Hinter der gemeinsamen Forderung der größten Industrieverbände Deutschlands stehen die Interessen von über 3 Millionen Industriearbeitsplätzen.